Pressemitteilung

2. Februar 2023

Ende der Bescheidenheit: Faire Bezahlung mittels Basishonoraren

Bund, Länder und Verbände liefern Vorschläge

Berlin, den 02.02.2023. Die Coronapandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Energiekrise, die Inflation, … Diese Gleichzeitigkeit der Krisen stellt auch den Kulturbetrieb vor andauernde enorme Herausforderungen. Rund 1,8 Millionen Menschen sind in der deutschen Kultur- und Kreativbranche tätig – und viele sind auch in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Daher richtet der Deutsche Kulturrat auch 2023 einen Fokus auf die soziale und wirtschaftliche Lage von Kulturschaffenden.

Entsprechend befasst sich die aktuelle Ausgabe von Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, mit dem Thema: Faire Bezahlung mittels Basishonoraren.

- Staatssekretärin **Leonie Gebers**, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, schildert die Pläne der Bundesregierung zur Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Seite 4).
- Nordrhein-Westfalen macht Honoraruntergrenzen zur Pflicht für die eigene Kulturförderung – darüber berichtet die Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen **Ina Brandes** (Seite 4).
- Zudem geben **Lisa Mangold** von ver.di, **Gerald Mertens** von unisono – Deutsche Musik- und Orchestervereinigung und **Marcel Noack** vom BBK Bundesverband Auskunft über die Kampagnen ihrer Verbände für faire Bezahlungen durch Honoraruntergrenzen (Seite 5).

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur, **Olaf Zimmermann**, sagte dazu: „Das Durchschnittseinkommen der in der Künstlersozialkasse Versicherten lag 2022 bei den Wort-Künstlern, wie Schriftstellerinnen und Schriftstellern, die bei den Versicherten die höchsten Einkommen erzielen, bei 22.702 Euro im Jahr. Das sind 1.891 Euro im Monat. Bei den am schlechtesten verdienenden selbständigen Musikerinnen und Musikern liegt es bei 14.181 Euro, das entspricht 1.181 Euro im Monat. Das ist skandalös wenig! Es ist mehr als überfällig, dass die öffentliche Hand bei der Beauftragung von Künstlerinnen und Künstlern in der Zukunft ein angemessenes Honorar zahlt. Honoraruntergrenzen sind ein erster dringend benötigter Schritt! Doch noch mehr muss folgen. Es braucht auch Ausstellungsvergütungen für bildende Künstlerinnen und Künstler, mehr Tarifverträge im Kulturbereich, aktives Engagement gegen die in der Kulturbranche grassierende Verdrängung von Angestellten in die Selbstständigkeit sowie ein starkes Urheber- und Leistungsschutzrecht.“

- Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Sie erscheint zehnmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement.
- Lesen Sie hier die aktuelle Ausgabe 2/23 von Politik & Kultur.
- Alle Beiträge aus dem Fokus zur sozialen Lage finden Sie auch hier.
- Politik & Kultur erscheint zehnmal jährlich und ist auch erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat